

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Gesetzlichen Mindestlohn einführen - offene Flanken durch inländerfreundliche Maßnahmen schließen

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird beauftragt, mittels einer Bundesratsinitiative, einen gleichen, gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohn für die Bundesrepublik Deutschland zu fordern.
2. Die Landesregierung erarbeitet ein Konzept, das Maßnahmen für eine inländer- und mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik enthält und das gleichfalls als Initiative im Bundesrat vorgelegt wird. Die Konzeption sollte auf jeden Fall Maßnahmen bzw. Forderungen beinhalten wie
 - die Aufkündigung der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit,
 - den schrittweisen Ausstieg aus dem Segment Leiharbeit, wie von der Antragstellerin bereits auf Drucksache 5/4189 gefordert,
 - die Einführung von nationalen Schutzzöllen,
 - die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen, auch wenn diese EU-Bestimmungen zuwider laufen,
 - die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe oder
 - die Ausreichung zinsgünstiger Darlehen an kleine und mittlere Unternehmen, wobei hier der Druck auf die mit steuerlichen Milliardenhilfen geretteten Banken entsprechend zu erhöhen ist.
3. Über ihre Anstrengungen erstattet die Landesregierung in der Landtagssitzung am 20. Juni 2012 Bericht.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

In der Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und der CDU für die 6. Wahlperiode des Landtages Mecklenburg-Vorpommern heißt es unter Punkt 25: „Auf Bundesebene wird das Land Initiativen unterstützen, die für einen gleichen (Ost-West), gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohn eintreten.“ Mecklenburg-Vorpommern gehört zu den Bundesländern, in denen in vielen Branchen die niedrigsten Löhne bundesweit gezahlt werden. In Anbetracht dieser Tatsache ist die bloße Unterstützung von Initiativen, die auf einen gleichen, gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohn abzielen, als unzureichend zu betrachten. Stattdessen ist es zwingend geboten, im Kampf um Mindestlöhne eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Des Weiteren kann die Mindestlohn-Debatte nicht losgelöst von der durch den globalen Freihandel systematisch hervorgerufenen weltweiten Konkurrenzsituation betrachtet werden. Einzig und allein mit flankierenden Maßnahmen, wie den unter Ziffer 2 dieses Antrages genannten, lassen sich Dumpinglöhne und Ausbeutung wirksam verhindern.